

# PLENUM 2020



## In dieser Ausgabe:

### THEMA DER WOCHE:

Das Recht auf Homeoffice endlich verwirklichen

### MARTINA STAMM-FIBICH:

Die Versorgungssicherheit in Europa wieder stärken

### GABRIELA HEINRICH:

Solidarität und Hilfe für die Zivilgesellschaft in Belarus

### CARSTEN TRÄGER:

Endlagerung: Erster Schritt auf einem langen Weg

## Das Recht auf Homeoffice endlich verwirklichen

Das Arbeiten von zu Hause ist eine Errungenschaft der Arbeitnehmerbewegung.

Während der Corona-Krise mussten viele Arbeitnehmer ins Homeoffice. Und das waren nicht mehr nur Beschäftigte innovativer Unternehmen, sondern neuerdings auch des öffentlichen Diensts – wenn es die entsprechende Ausstattung gab. Insgesamt arbeiteten zu Beginn der Corona-Krise ungefähr 40% der Beschäftigten Deutschlands im Homeoffice.

Viele Beschäftigte haben festgestellt, dass das Homeoffice den Alltag erleichtern kann: Insbesondere der Wegfall der oft täglichen Staus auf dem Arbeitsweg lässt mehr Zeit für Familie und Freizeit und erhöht damit die Lebensqualität der Angestellten. Das ist wichtig, denn zunehmender Arbeitsstress hat in der jüngeren Vergangenheit zu mehr psychischen Erkrankungen unter Arbeitnehmer\_innen geführt.

Da einige Unternehmen Forderungen nach Homeoffice willkürlich ablehnen, fordert unser Arbeitsminister Hubertus Heil im Rahmen des Mobile-Arbeit-Gesetzes ein Recht auf Homeoffice für insgesamt 24 Tage im Jahr. Dieses Recht soll allerdings nur dort gelten, wo technisch oder betrieblich nichts dagegenspricht: Manche Berufe lassen sich natürlich nur vor Ort ausüben. So kann beispielsweise ein Bäcker die Brötchen nicht von zuhause aus backen. Natürlich ergibt Homeoffice nur dann Sinn, wenn die



Beschäftigten zu Hause eine vernünftige Ausstattung haben. Dafür werden wir noch massiv in die Digitalisierung investieren müssen.

Gleichzeitig darf die Stärkung des Homeoffice nicht dazu führen, dass die Unternehmen die Arbeitnehmerrechte ignorieren und die Angestellten plötzlich mehr Arbeit leisten müssen. Deswegen soll das Gesetz dafür sorgen, dass die normalen Arbeitszeiten und Arbeitszeitgesetze auch im Homeoffice gelten. Um das zu gewährleisten, sind die Arbeitgeber\_innen verpflichtet, mittels einer digitalen Stechuhr zu überprüfen, dass ihre Angestellten die Arbeits- und Ruhezeiten einhalten. Und auch der Gesundheitsschutz im Homeoffice darf nicht zu kurz kommen, sonst sind zum Beispiel Rückenprobleme vorprogrammiert!

Wenn die Union nun von staatlicher Bevormundung schwadroniert, dann muss festgestellt werden, dass man sich dort nicht richtig über das Thema Homeoffice informiert hat. Mehrere Studien zeigen, dass im Homeoffice produktiver gearbeitet wird. Das ist also auch für die Unternehmen gut. Der Union scheint ihr Realitätssinn zugunsten ihres eigenen Dogmatismus abhanden gekommen zu sein.

Die Arbeitszeitgesetze, die nun auch im Homeoffice gelten sollen, sind eine große Errungenschaft der Arbeitnehmerbewegung und des modernen Sozialstaats und keine Bevormundung. Die Rolle des Staates war und ist die Vertretung seiner Bürger und der Schutz ihrer Interessen. Darauf baut der Vorschlag von Arbeitsminister Hubertus Heil auf.



# Die Versorgungssicherheit in Europa wieder stärken

Die Produktionskapazitäten müssen Stück für Stück zurück nach Europa.

Die Covid-19-Pandemie hat uns gezeigt, wie anfällig Deutschland und Europa für Arzneimittellieferengpässe sind, wenn die globalen Wertschöpfungsketten ins Wanken geraten. Letzte Woche habe ich mich beim Forum „Gesundes Europa“ mit anderen politischen Entscheidern und Fachleuten zu diesem Thema ausgetauscht.

Der Tenor der Veranstaltung war eindeutig: Europa muss wieder unabhängiger von Arzneimittel- und Wirkstofflieferanten aus Drittländern werden. Es ist allerdings unrealistisch zu fordern, dass die europäische Union im Arzneimittelbereich gänzlich unabhängig von anderen Ländern werden

soll. Stattdessen müssen wir daran arbeiten, dass wir zumindest für besonders wichtige Wirkstoffe unsere Produktionskapazitäten in Europa wieder hochfahren. Gleichzeitig gilt es der Konzentration des Marktes etwas entgegensetzen.

Dazu braucht es einen guten Mix aus Industrie- und Arzneimittelpolitik. Durch Investitionsanreize können wir zum Beispiel erreichen, dass bestehende Produktionsstätten moderner gemacht und neue Fabriken aufgebaut werden. Intelligent austarierete Preismechanismen können andererseits dafür sorgen, dass nicht nur der Preis sondern auch die Qualität und

die Liefersicherheit bei der Vergabe von Aufträgen zukünftig eine Rolle spielen.

Deutschland kann in diesem Bereich viel bewegen, letztendlich müssen jedoch auch auf der europäischen Ebene Maßnahmen angestoßen werden. Wie mein Kollege aus dem Europaparlament, Tiemo Wölken, auf dem Podium der Veranstaltung erwähnte, gibt es glücklicherweise bereits jetzt die Zusage der portugiesischen Regierung, das Thema im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft weiter zu voranzutreiben. Das ist ein positives Signal, auch wenn noch viel Arbeit vor uns liegt.

## „Arbeit der Abgeordneten findet kaum Beachtung“

**Wie hat dir das Praktikum gefallen?**

*Ich wurde toll aufgenommen. Es ist ein besonderes Gefühl, jeden Morgen an den Gebäuden des Bundestags vorbeizulaufen. Ich bin sehr froh, dass ich das Praktikum trotz Corona machen konnte.*

**Welche Aspekte waren besonders interessant?**

*Der Blick hinter die Kulissen. Als Bürger bekommt man nur einen Bruchteil der Komplexität politischer Entscheidungsprozesse mit. Viele Debatten, sind so kleinteilig und fachspezifisch, dass sie keine weitere Beachtung in*

*den Medien finden. Das ist schade, da so die tägliche Arbeit einer Abgeordneten keine Beachtung erfährt. Ich sehe darin auch einen Grund für Politikverdrossenheit. Vieles, was geleistet wird, wird von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.*

**Was nimmst du an Erfahrungen aus dem Praktikum mit?**

*Mit Dogmatismus kommt man im Parlament nicht weiter. Es gibt kein Patentrezept. Martinas Arbeit hat mir gezeigt, dass Veränderung nur durch entschlossene und akribische Arbeit erreicht wird. Martina bemüht sich*



Johann Paetzold war zwei Monate Praktikant im Büro von Martina Stamm-Fibich.

*sehr um ihre Themen, auch um Einzelfälle. Das dafür nötige Arbeitspensum und das notwendige „dicke Fell“ haben mir sehr imponiert.*



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 758 44

🌐 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

📘 [facebook.com/heinrichgabriela](https://facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Solidarität und Hilfe für die Zivilgesellschaft in Belarus

Die EU hat zu einer gemeinsamen Linie im Umgang mit dem Regime gefunden.

Seit der Präsidentschaftswahl in Belarus gibt es dort Massenproteste. Das Regime Lukaschenko antwortet mit Gewalt. Belarus liegt keine 1100 Kilometer von Berlin entfernt. Was ist von der dortigen Lage zu halten? Können wir die Menschen in Belarus unterstützen?

Präsident Lukaschenko hat seine sechste Amtszeit angetreten. Schon im Vorfeld hatte die Repression von Oppositionellen in Belarus begonnen. Die Wahlen vom 9. August müssen als grob gefälscht bezeichnet werden. Deswegen erkennt die EU den alten neuen Präsidenten nicht an, ihm fehlt die demokratische Legitimierung.

Gleich nach der Wahl begannen Massenproteste vor allem in der Hauptstadt Minsk, letztlich aber landesweit. Hunderttausende gingen auf die Straße, darunter viele Frauen. Diesen mutigen Frauen gebührt gehöriger Respekt, denn sie riskieren dabei, Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen durch das Regime zu werden. Die Protestierenden fordern vor allem den Rücktritt Lukaschenkos, Neuwahlen, die Gewalt zu beenden und politische Gefangene freizulassen. Die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen, Anais Marin, bestätigt, dass die Menschenrechtslage katastrophal ist: Es gab vereinzelt Tote, hunderte Fälle von Folter, tausende willkürliche Festnahmen und Vergewaltigungen. Die führenden Köpfe der Opposition sind

meist inhaftiert oder mussten das Land verlassen. Die einschlägigen internationalen Organisationen verurteilen die Gewalt des belarussischen Regimes: OSZE, Europarat, der Menschenrechtsrat in Genf.



**Gabriela Heinrich beim Treffen mit Swetlana Tichanowskaja, der Oppositionsführerin in Belarus.**

Es hatte etwas gedauert, aber die EU hat jetzt Sanktionen gegen Belarus verhängt – Konto- und Reisesperren gegen Angehörige des Regimes, die nachweislich für Wahlfälschung und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Das ist erst einmal erfreulich, dass sich die EU zu einer gemeinsamen Linie durchgerungen hat. Zumal es sich um „smarte“ Sanktionen handelt. Denn die Beschränkungen treffen nur diejenigen, die sie treffen

sollen, nicht aber die Weißrussinnen und Weißrussen, die gar nichts dafür können.

Auf der anderen Seite helfen diese Sanktionen der Opposition und den Menschen in Belarus nicht direkt. Ich habe mich neulich mit der belarussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja getroffen. Sie hat dem Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich, dem Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans und mir gesagt, worauf es jetzt ankommt: Deutschland und Europa können die Zivilgesellschaft in Weißrussland stärken. Zum Beispiel die freien Gewerkschaften. Hier habe sich, so Swetlana Tichanowskaja, jüngst einiges verändert: Denn die „Werkstätigen“, wie sie sich ausdrückte, seien bis vor Kurzem noch hinter Lukaschenko gestanden. Und das hat sich geändert! Die Friedrich-Ebert-Stiftung kann und wird diese Unterstützung leisten.

Hinter den Kulissen passiert noch mehr. Das Auswärtige Amt zum Beispiel fördert schon länger Projekte der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit in Belarus im Rahmen der östlichen Partnerschaft. Außenminister Heiko Maas hat im September 2020 angekündigt, die belarussische Zivilgesellschaft jetzt weiter zu unterstützen: Eine unabhängige Berichterstattung soll gefördert werden und bedrohte Aktivisten und Aktivistinnen brauchen Schutz.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://www.facebook.com/carstentraegermdb)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Endlagerung: Erster Schritt auf einem langen Weg

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat ihren ersten Zwischenbericht Teilgebiete veröffentlicht. Dafür wurde allein die geologische Eignung betrachtet. Viele weitere Schritte werden folgen.



Seit 2016 ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit der Suche nach einem Endlagerstandort für hochradioaktiven Atommüll beauftragt. Der Zwischenbericht Teilgebiete ist nun der erste wichtige Umsetzungsschritt dieser Suche. Er benennt die Gebiete, die aus geologischen Gründen grundsätzlich nicht für eine Endlagerung infrage kommen, und die Gebiete, die voraussichtlich über günstige geologische Voraussetzungen für die jahrhunderttausend- bis jahrmillionenlange Endlagerung hochradioaktiver Abfallstoffe verfügen.

Insgesamt weist der Bericht 90 Teilgebiete in allen Bundesländern außer dem Saarland aus. 75 davon sind Salzstöcke, 15 Ton- oder Granitformationen. Erstmals ist auch ein Teilgebiet in Bayern ausgewiesen.

Fragen der Siedlungsdichte, Naturschutzgebiete, Trinkwasserschutzzonen oder Überschwemmungsgebiete spielen erst in einem der nächsten Schritte bei der Abwägung mehrerer aus geologischer Sicht gleich gut geeigneter Formationen eine Rolle. Im Zwischenbericht können in dieser frühen Phase des Suchverfahrens deshalb Teilgebiete z.B. auch unter großen Städten ausgewiesen sein.

Es ist völlig klar: Niemand wird ein Endlager in einem Ballungsraum bauen. Aber um diese Überlegung ging es in diesem ersten Schritt auch noch gar nicht. Jetzt wurde nur das Gestein untersucht, im weiteren Verfahren grenzen die weiteren Kriterien die Ergebnisse immer weiter ein. Zu jedem Schritt gibt es eine ausführliche Bürgerbeteiligung – und nach jedem

Schritt entscheidet jeweils der Deutsche Bundestag.

Grundlage für die Ausweisung waren die Daten der geologischen Landesämter und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), die aus Rohstofferkundungen, Geothermieprojekten oder geologischen Erkundungsarbeiten der Vergangenheit stammen. Da die Dateneigentümer häufig private Dritte sind, die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geltend machen können, ist es möglich, dass heute noch nicht alle Daten öffentlich verfügbar sind, die dem Zwischenbericht zugrunde liegen.

Die Entscheidung darüber, welche Gebiete tatsächlich weiter untersucht werden sollen, trifft der Bundestag am Ende der ersten Suchphase auf Basis einer Auswertung der Teilgebietskonferenz der BGE planmäßig erst in der kommenden Legislaturperiode.

Wir sind am Anfang eines sehr langen Prozesses, der noch bis mindestens 2030 gehen wird und noch aus vielen Schritten bestehen wird. Es wird einmal mehr deutlich, welche Kosten und Lasten die Stromerzeugung aus Atomenergie jetzt und über Generationen hinweg verursacht – und wie richtig der Atomausstieg war.